

Wenn Coca Cola die Wasserbetriebe kauft
Private Dienstleister nehmen kaum Rücksicht auf Natur und Menschen.
Betroffen sind besonders Frauen. Ein Kongressbericht

"Frauen stoppt GATS!" Dies stand als Slogan über dem internationalen Kongress "Dienste ohne Grenzen?", der im Mai in der Fachhochschule Köln stattfand. Rund 500 Frauen und einige Männer nahmen daran teil. Der dreitägige Kongress mit dem Untertitel "GATS, Privatisierungen und die Folgen für Frauen" war der erste zu diesem Thema weltweit.

GATS - das ist das "Allgemeine Übereinkommen über den Handel im Dienstleistungsbereich", das zur Zeit innerhalb der Welthandelsorganisation WTO verhandelt wird. Dass die Mehrzahl aller Dienstleistenden Frauen sind, ist dabei eine Tatsache, die weder von den Betreibern noch den Kritikern des GATS berücksichtigt wird. Und auch die Frauen selbst sind über diese Politik und ihre Folgen nicht informiert. Dem wollte der Kongress abhelfen.

"Zeuginnen" berichteten darüber, wie sie durch die bereits laufende Privatisierungswelle ökonomisch und sozial an den Rand gedrängt und in Arbeitslosigkeit und Armut getrieben wurden. International renommierte Aktivistinnen und Wissenschaftlerinnen analysierten die Folgen der neoliberalen Privatisierung von Wasser, Gesundheit, Bildung und sozialen Diensten in ihren Ländern und international für die Mehrzahl der Menschen, insbesondere für Frauen. Der Kongress schlug so den Bogen von der persönlichen Betroffenheit bis zur globalen Ebene von WTO und GATS.

Was die meisten "Opfer" dieser Politik bisher als persönliches Schicksal angesehen hatten, erschien so in einem globalen Kontext als verstehbar und auch als veränderbar. Dazu trug die ungeheure Fülle der Informationen und Analysen bei, die Frauen wie Maude Barlow (Kanada), Vandana Shiva (Indien), Christa Wichterich (Deutschland), Naila Khan (Bangladesh), Claudia von Werlhof (Österreich), Theresa Wolfwood (Kanada), Maite Llanos (Argentinien) und Sarah Sexton (Großbritannien) in Plenumsbeiträgen vortrugen.

Die "neuen globalen Königshäuser"

Die Empörung, aber auch die Ermutigung wuchsen von Vortrag zu Vortrag über das, was Maude Barlow als die "neuen globalen Königshäuser" bezeichnete, die Multinationalen Konzerne, die sich - gestützt von WTO und willfährigen Regierungen - die Wasserressourcen der Welt, die Gesundheits- und Pflegesysteme und die Bildung vom Kindergarten bis zur Universität als profitträchtige Investitionsbereiche unter den Nagel reißen wollen - oder es schon getan haben. Alle diese Geschäfte sollen hinter dem Rücken der Bevölkerung stattfinden.

Am deutlichsten wurde der globale Raubzug in Bezug auf die lebensnotwendige Ressource Wasser. Vandana Shiva berichtete, dass in Kerala, einem der wasserreichsten Staaten Indiens, der Staat 1,5 Millionen Liter Wasser an Coca Cola verkaufte. Die Folge: In zwei Monaten sank der Grundwasserspiegel und Seen trockneten aus. 400 Frauen wurden verhaftet, die gegen diese Wasserprivatisierung protestierten. An dem schon verkauften Fluss Sheonath patrollierten Polizeikräfte im Auftrag des Privateigentümers und verhafteten Männer und Frauen, die im Fluss fischen, baden, ihre Kleider waschen und das

Wasser zur Bewässerung ihrer Felder nutzen wollten. Das galt nun als Diebstahl. 100.000 Menschen, vor allem Frauen, demonstrierten so lange, bis die Privatisierung zurückgenommen wurde.

Der größte Wasser-Multi der Welt, der französische Konzern Suez und seine indische Tochter Degremont haben mit der indischen Regierung einen Vertrag abgeschlossen, das Wasser des Ganges zu privatisieren, der von vielen Menschen als "Heilige Mutter" verehrt wird. Im letzten Jahr protestierten Hunderttausende gegen den Wasserraub. Vandana Shiva stellte einen Zusammenhang her zwischen diesem Krieg um Wasser und dem Krieg im Irak. Dem

seit der Wasserprivatisierung in Cochabamba (Bolivien) berüchtigten US-Multi Bechtel wurde nach dem Irak-Krieg die Konzession erteilt, im Irak die Wasserversorgung zu privatisieren. "Was GATS nicht erreicht, erreichen Kriege", konstatierte die indische Wissenschaftlerin und Aktivistin.

Christa Wichterich vom NRO-Frauenforum betonte, dass es gerade für Frauen gute Gründe gibt, gegen GATS zu sein. Sie seien in besonderer Weise und stärker betroffen von der Privatisierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen, weil das GATS ein Instrument "zum Wohle" der Unternehmen sei - wie die EU selbst sage -, nicht für das Gemeinwohl. Für Frauen bedeute GATS wachsende Arbeitslosigkeit, mehr Arbeitshetze, mehr Jobunsicherheit, Billigjobs, mehr Konkurrenz. GATS sei "ein Schlag ins Gesicht der Demokratie", bedeute weniger Bemühen um Qualität, weniger Rücksicht auf Ökologie und größere gesellschaftliche Polarisierung zwischen denen, die sich die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse noch leisten können, und denen, die es nicht mehr können.

Eva Hack berichtete, wie alle Sozialeinrichtungen in Deutschland, private wie öffentliche, profitträchtige wie gemeinnützige, eine sogenannte Qualitätskontrolle durchführen müssen. Maßstab für "Qualität" sei dabei die ISO-Industrienorm, die für Maschinen entwickelt wurde. Hilfesuchende sind jetzt "Kunden", und der 1976 von Feministinnen gegründete Verein "Frauen helfen Frauen e.V." ist inzwischen eine GmbH, eine Firma, die nach Kosten-Nutzen-Erwägungen geführt wird.

"Die Computer sind voll, die Hirne und Herzen leer"

Viele der Plenumsvorträge waren begleitet von Berichten über den Widerstand gegen solche menschen- und naturverachtende Politik, die alles und jedes zur Ware auf einem globalen, kapitalistischen Markt macht. Dieser Widerstand beschränkt sich nicht nur auf die Länder des Südens, die schon seit langem diese Politik als Folge der Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und IWF erfahren. Theresa Wolfwood aus Kanada berichtete, wie die Bevölkerung die Komplizenschaft der Regierung mit US-Investoren aufdeckte und bekämpfte - etwa mit Pepsi Cola im Schul- und Universitätssektor. "Befinden wir uns hier in einer Coca-Cola- oder einer Pepsi-Cola-Universität?" fragte sie die Zuhörerinnen. Städte wie Vancouver und die Provinz British Columbia weigern sich, die GATS-Politik der Regierung in Ottawa mitzumachen und haben sich zu "GATS-freien-Zonen" erklärt.

Claudia von Werlhof von der Universität Innsbruck verwies darauf, dass GATS und die Privatisierungen im Universitäts- und Wissenschaftsbereich nicht nur

die grundgesetzlich geschützte Freiheit von Forschung und Lehre, sondern auch die grundlegenden Begriffe von Wissen und Erkenntnis zerstören. Was übrig bleibe, sei "maschinenhaftes Wissen, ohne Subjekte", das schließlich nicht einmal mehr für die Verwertungszwecke von privatem Kapitals nutzbar sei. Die Folge: Es funktioniert bereits heute nichts mehr. "Die Computer sind voll. Die Hirne und Herzen sind leer."

Gegen diese Zerstörung des lebendigen Zusammenhangs, den die Universitätsreform in Österreich - ähnlich wie in Deutschland - anstrebt, ist dort eine starke Protestbewegung entstanden. Sie umfasst nicht nur Studenten, sondern auch Professoren. Inzwischen existiert ein landesweites "Forum gegen GATS", das bereits jetzt erreichte, dass sich, wie vor einigen Jahren gegen das MAI, Städte und Länder, z.B. das Burgenland und Vorarlberg, zu "GATS-freien-Zonen" erklären.

In einem globalen Aktionsaufruf wurden Frauen aufgerufen, offensiv bei ihren Kommunen und Regierungen gegen GATS und die Privatisierungspolitik zu protestieren. Sie sollten nicht abwarten, bis hinter ihrem Rücken die kommunale Daseinsvorsorge privatisiert oder kommunales Eigentum durch Cross-Border-Leasing-Geschäfte oder Public-Private-Partnership-Verträge verscherbelt wurde, sondern auf allen Ebenen ein Verbot dieser dubiosen Geschäfte fordern. Vor allem wurde betont, dass Wasser ein kommunales Gut ist, das auf keinen Fall privaten Interessen ausgeliefert werden dürfe.

Auf globaler Ebene wurde ein Aktionsaufruf für Frauen gegen die Privatisierung des Wassers vorgeschlagen. Die Teilnehmerinnen riefen dazu auf, sich aktiv bei den Widerstandsaktionen gegen einzelne Konzerne und bei der nächsten WTO-Ministerkonferenz im September im mexikanischen Cancun zu beteiligen, wo das GATS weiter festgeklopft werden soll. Auf europäischer Ebene soll die begonnene Vernetzung auf dem nächsten Europäischen Sozialforum am 2. November in Paris fortgesetzt werden. Auch in Vorbereitung auf das nächste Weltsozialforum im Januar 2004 im indischen Mumbai wurden erste Kontakte geknüpft. Gefordert wurde ferner ein Moratorium für alle neuen Freihandelsabkommen. In allen Ländern müssten Referenden über diese Verträge stattfinden.

Maria Mies

Emeritierte Professorin für Sozial- und Politikwissenschaften, Köln, Tel. 0221 / 135249, MariaMies@aol.com

[3 Textblock-Vorschläge:]

Der Raub an den Lebensgrundlagen der Menschheit - Wasser, Wissen, Kultur, Gesundheit - darf nicht zugelassen werden.

Weltweite Solidarität gerade von Frauen ist kein Dienstleistungsmarkt.

Die Welt ist keine Ware, die Natur ist keine Ware, Frauen sind keine Ware.